

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Ernsthaftigkeit der SPD-Wahlversprechen beweisen: Mietenmoratorium
und erweiterte Kappungsgrenze bei der SAGA und anderen städtischen
Wohnungen jetzt umsetzen**

Das Thema Miete spielt im Bundestagswahlkampf 2021 eine wichtige Rolle. Die SPD gibt in ihrem Wahlprogramm folgendes Versprechen: „In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden.“ (<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf> Seite 37)

In der Parteizeitung „vorwärts“ vom 29.5.2021 findet sich folgende Erläuterung zum Wahlprogramm: „Gesetzlicher Mietenstopp - Die SPD will ein Stoppschild für explodierende Mieten setzen. Wirken soll dieser Mietenstopp, der im Zukunftsprogramm „Mietenmoratorium“ heißt, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten und für die Dauer von fünf Jahren. „Wir wollen die Mieten einfrieren, sodass sie nur um die Inflationsrate ansteigen können“, erklärt der Sören Bartol den Gedanken. Über diese fünf Jahre hinaus soll nach dem Willen der SPD zudem die Kappungsgrenze, bis zu der die Mieten innerhalb von drei Jahren erhöht werden dürfen, auf zehn Prozent abgesenkt werden. Sollte das nicht möglich sein, will die SPD, dass in angespannten Wohnungsmärkten die maximal mögliche Mieterhöhung von 15 Prozent künftig nur noch innerhalb von fünf Jahren zulässig ist, statt wie bislang innerhalb von drei Jahren“ (<https://www.vorwaerts.de/artikel/wahlprogramm-fuenf-punkte-spd-bezahlbares-wohnen-plant>).

In Hamburg hat die SPD die Möglichkeit, die Versprechen aus dem SPD-Bundestagswahlprogramm schon jetzt umzusetzen: beim städtischen Wohnungsunternehmen SAGA mit seinen 137.000 Mietwohnungen sowie bei weiteren städtischen Unternehmen mit Wohnungsbestand. Wenn es der SPD also ernst ist mit dem, was sie im Wahlprogramm verspricht, können und müssen jetzt Taten folgen. Da auch die Partei „DIE GRÜNEN“ in ihrem Wahlprogramm eine Begrenzung von Mieterhöhungen auf 2,5 Prozent verspricht, kann es im Senat keine Hindernisse mehr geben. Und auch in der Bürgerschaft ist die Mehrheit für ein Mietenmoratorium und eine Änderung der Kappungsgrenzen gegeben, wenn SPD und GRÜNE sich an ihre Wahlversprechen halten.

Damit kann wenigstens ein kleiner Beitrag gegen die Mietenexplosion geleistet werden. An der Zustimmung zu den weiter gehenden Forderungen der LINKEN werden wir weiterhin arbeiten. Wie so oft, braucht es leider Jahre, bis SPD und GRÜNE unsere Forderungen übernehmen.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für die knapp 137.000 Mietwohnungen der SAGA und für die weiteren Mietwohnungen im städtischen Besitz ein sofortiges Mietenmoratorium für die Dauer von fünf Jahren zu erlassen. In dieser Zeit dürfen die Mieten nur maximal um die Inflationsrate erhöht werden.
2. für die knapp 137.000 Mietwohnungen der SAGA und für die weiteren Mietwohnungen im städtischen Besitz die Zulässigkeit von Mieterhöhungen nach Ablauf des Mietenmoratoriums auf maximal 15 Prozent innerhalb von fünf Jahren zu begrenzen.
3. der Bürgerschaft bis zum 30.9.2021 über den Umsetzungsstand zu berichten.